

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint jeden Nachmittags, außer an Sonntagen und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch die Boten frei ins Haus monatlich 24 M.

Redaktion: Johannisstraße 46.
Fernruf 905.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtgehaltene Petitzeile oder deren Raum 6,00 M., Versammlungs-, Urteils- und Wohnungsanzeigen 5,00 M., Reklamen 30,00 M., Geschäftsstelle: Johannisstr. 46, Fernruf: 926.

TAGESZEITUNG FÜR DAS ARBEITENDE VOLK

Lübecker Volksbote

Nummer 153.

Dienstag, den 4. Juli 1922.

29. Jahrgang.

Die U. G. P. lernt um.

Auf dem Wege zur Linkskoalition.

SPD. Berlin, 3. Juli. (Eig. Drahtber.)

Der Reichsausschuss der unabhängigen Sozialdemokratie, der am Sonnabend im Reichstag zu einer Sitzung zusammengetreten war, fasste mit großer Mehrheit den Beschluss, die bisherige Vereinbarung der Koalitionspolitik aufzugeben und in die Regierung einzutreten. Dieser Beschluss wurde von keinerlei Bedingungen abhängig gemacht, sondern als Grundlage der kommenden Politik sieht der Reichsausschuss die Bewirkung der von den Gewerkschaften und allen sozialistischen Parteien aufgestellten Forderungen zum Schutze der Republik an. Bevor dieser Beschluss gefasst wurde, hatte innerhalb der unabhängigen Reichstagsfraktion über den Genossen Bogt bereits eine ausführliche Diskussion stattgefunden. Auch in der unabhängigen Fraktion war die Stimmung überwiegend für den Eintritt in die Regierung. Gewissermaßen zur Entscheidung getrieben wurde diese Stimmung durch einen Brief, den der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion am Sonnabend an die Parteileitung der U. G. P. richtete und in dem klipp und klar die Frage gestellt wird, ob die Unabhängigen bereit sind, in die Regierung einzutreten.

Der erfreuliche Beschluss des unabhängigen Reichsausschusses bedeutet eine Bestätigung der Richtigkeit unserer bisherigen Koalitionspolitik und bedeutet vor allem einen großen Schritt vorwärts auf dem Wege zur Einigkeit. Wie verzichtet heute auf jede Kritik. Es muß aber doch gesagt werden: Wäre die Einigung früher zustande gekommen, dann hätten wir die nötigen Aktionen nicht so teuer mit dem Blute hervorragender Republikaner bezahlen müssen, wie es der Fall ist. Mit

dem Beschluss der Unabhängigen ist nun naturgemäß die Erweiterung der Koalition nach links noch nicht vollzogen, da die Sehnsucht der bürgerlichen Vertreter bisher eine Erweiterung der Regierung nach rechts war. Es ist mit Bestimmtheit anzunehmen, daß das Zentrum bereit ist, ein Regierungsverhältnis auch mit den Unabhängigen einzugehen, wenn die Unabhängigen die Erklärung abgeben, daß sie sich auf den Boden der Verfassung stellen. Dafür, daß die Demokraten sich ähnlich verhalten werden, liegen bisher leider noch keine Anhaltspunkte vor. In einer am Sonnabend abgehaltenen interfraktionellen Sitzung, die eine Erweiterung der Regierungskoalition nach links unter anderem erörterte, zeigten sich die Demokraten zurückhaltend. Von der Haltung der Unabhängigen in den kommenden Tagen wird es abhängen, ob sich Zentrum und Demokraten endgültig für ein Zusammenarbeiten mit den Unabhängigen entscheiden. Die Sozialdemokratie ist bestrebt, mit aller Entschiedenheit eine Erweiterung der Regierung nach links nicht nur zu ermöglichen, sondern auch durchzuführen. Da immerhin, bevor das jetzige Regierungsverhältnis im Reiche ein anderes wird, noch gewisse Schwierigkeiten zu überwinden sind, ist es vorläufig überflüssig, umfangreiche Kombinationen über die Umstellung der gegenwärtigen Regierung anzustellen. Hat wäre jedenfalls die Frage, ob ein Kabinett Wirth, in dem ein Herr Geßler Reichswehrminister ist, in dem gleichzeitig aber die Unabhängigen sitzen, möglich ist. Wir würden wünschen, daß der Reichswehrminister es nicht zu dieser prägnanten Frage kommen läßt, sondern seiner Gesundheit wegen auf sein Amt, das er doch nur schwerlich auszufüllen vermag, verzichtet.

U. G. P. und Regierung.

Die Zentraleitung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat sich angesichts der gegenwärtigen außerordentlichen Situation bereit erklärt, mit der Sozialdemokratischen Partei unter Hinzuziehung der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen über die Frage des Eintritts der Unabhängigen in die Reichsregierung zu verhandeln. Damit ist eine sehr erfreuliche Annäherung zwischen den beiden sozialdemokratischen Parteien eingetreten. Die Unabhängigen hatten es bekanntlich bisher für unmöglich und eines Sozialdemokraten unwürdig erklärt, mit bürgerlichen Politikern zusammen eine Regierung zu bilden. Dieser Standpunkt kam am schroffsten in jenem Briefe Crispians an Hermann Müller vom Juni 1920 zum Ausdruck, in dem der Führer der Unabhängigen eine Aufforderung des sozialdemokratischen Parteivorstandes, die Unabhängigen möchten in eine Koalitionsregierung mit eintreten mit größter Festigkeit zurückgewiesen wird. Indes hatten die Unabhängigen schon im Mai 1921 eingesehen, daß die damalige außerordentliche Situation den Sozialdemokraten keine andere Wahl ließ, als wieder in eine Koalitionsregierung einzutreten, und von dieser Erkenntnis ausgehend haben es die Unabhängigen unterlassen, die Regierung Wirth-Bauer-Rathenau zu bekämpfen. Sie haben sie vielmehr, wie bekannt, wiederholt in kritischen Situationen unterstützt. Wenn die Unabhängigen jetzt ihren prinzipiell unversöhnlichen Standpunkt gegenüber jeder Koalitionsregierung aufgeben, so ist das nur die Konsequenz einer bisherigen logischen Entwicklung.

Schutz der Republik ist die Forderung, die von der gesamten Arbeiterschaft einmütig erhoben wird. Dieser Schutz läßt sich aber nur dann wirksam gestalten, wenn man diejenigen aus dem Bürgertum, die guten Willens sind, sich an ihm zu beteiligen, nicht von vornherein von jeder Mitwirkung ausschließt. Das Zentrum hat Erzberger, die Demokraten haben Rathenau im Kampfe für die Republik verloren. Sie haben auf diese Weise für die Republik Blutopfer gebracht, die sie nur fester an ihre Sache fetten müssen. Es kann einen Punkt geben, an dem wir sowohl der Partei Erzbergers wie auch der Partei Rathenaus sagen müssen, daß sich unsere Wege von den ihren trennen, aber der Standpunkt, daß man mit diesen bürgerlichen Parteien unter feinen Umständen eine gemeinsame Aktion unternehmen, und zu diesem Zweck eine gemeinsame Regierung bilden dürfe, läßt sich nicht länger aufrecht erhalten. Auch die Unabhängigen haben ihn jetzt für die gegenwärtige außerordentliche Situation aufgegeben.

Die Sozialdemokratische Partei kann die Entscheidung der Unabhängigen nur begrüßen, weil sie einen wichtigen, vielleicht den entscheidenden Schritt, auf dem Wege zur Einigung bedeutet. Darum wird sie auch alles daran setzen, daß der Keim kommender Möglichkeiten, der in der Antwort der Unabhängigen gegeben ist, nicht wieder zerstört wird, sondern zu voller Entfaltung gelangt. Dafür zu wirken, gebietet ihr das Gesamtinteresse der Arbeiterbewegung, wie das eigene Interesse der Sozialdemokratischen Partei. Diese legt ebenso wie die anderen mitunterzeichneten Verbände das größte Gewicht darauf, daß diesmal etwas Durchgreifendes geschieht und daß darum die in dem gemeinsamen Aufruf vertretenen Forderungen ihre Erfüllung finden. Sie wird sich gemeinsam mit den Unabhängigen für diese Erfüllung einsetzen, wobei natürlich Einvernehmen darüber besteht, daß für die propagandistisch aufgestellten Forderungen die juristisch passende Form erst gefunden werden muß. Die zweite Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei wird es sein, die zweifellos sowohl bei den bürgerlichen Koalitionsparteien als auch bei den Unabhängigen noch vorhandenen Widerstände gegen das Zusammenarbeiten in Schach zu halten. Die bürgerlichen Koalitionsparteien hatten bekanntlich bisher nur sehr geringe Neigung gezeigt mit den Unabhängigen zusammenzugehen. Ihre Sehnsucht war die große Koalition mit der Deutschen Volkspartei. Diese große Koalition nach rechts hätte zweifellos den Einfluß der Sozialdemokratie in eben demselben Maße geschwächt, in dem die große Koalition nach links, der Zugzug der Unabhängigen, ihn stärken muß. Kommt die Regierung der großen Linkskoalition zustande, dann wird in ihr die Stellung der Arbeiterschaft stärker sein als bisher, und gerade das ist natürlich für einen Teil der bürgerlichen Koalitionspolitiker ein Grund, der neuen Kombination zu widerstreben.

Ueber die Gestaltung des Gesetzes zum Schutze der Republik und über die Umbildung der Regierung werden verwickelte Verhandlungen zu führen sein, deren Ausgang heute noch nicht prophezeit werden kann. Beide Fragen hängen eng miteinander zusammen, und für beide gilt, daß das Nichtzustandekommen einer Vereinbarung nur noch einen Ausweg offen lassen würde, nämlich: Auflösung des Reichstages und Entscheidung des Volkes selbst durch Neuwahlen.

Ein neues Attentat.

Maximilian Harden schwer verletzt.

Berlin, 4. Juli.

Gestern abend 8 Uhr 45 Min. wurde im Grunewald auf Maximilian Harden von zwei Personen ein Attentat verübt. Maximilian Harden ist schwer verletzt. Die Ärzte des Grunewald-Sanatoriums leisteten erste Hilfe. Die Verfolgung der Täter wurde sofort in einem von privater Seite zur Verfügung gestellten Auto aufgenommen.

Berlin, 4. Juli.

Zu dem Attentat auf Maximilian Harden erzählt die Telegraphen-Agentur noch folgende Einzelheiten:

Maximilian Harden war zu der genannten Zeit gerade auf dem Heimwege in der Nähe seiner Villa Bernerstraße 16. In der Herthastraße, Ecke Bismarckallee wurde er plötzlich von zwei jugendlichen Burschen überfallen und mit Totschlägern bearbeitet. Die Tochter Hardens setzte sich sofort mit der Polizei in Verbindung und einer der mutmaßlichen Täter, ein blonder großer Mensch von ungefähr 20 Jahren ist bereits gefasst worden. Harden hat fünf erhebliche Kopfwunden. Die erste Hilfe fand Harden im Grunewald-Sanatorium, wo sich sofort die Ärzte um ihn bemühten. Bald darauf traf auch der Chef des Nachbar-Krankenhaus, Geheimrat Worchardt, ein. Harden ist bei Bewußtsein und ist bereits wieder nach seiner Wohnung überführt worden.

Die Täter Mitglieder des Verbandes national gesinnter Soldaten.

Berlin, 4. Juli.

Laut Nachrichtenblatt ist als mutmaßlicher Täter bei dem Ueberfall auf Maximilian Harden ein gewisser Weichardt festgenommen worden, der ein Mitgliedsbuch des Verbandes national gesinnter Soldaten in der Tasche hatte. Der Ueberfall wurde im Hausflur der Hardenschen Villa verübt, als Harden von seinem Spaziergang heimkehrte. Die Verletzung Hardens ist nicht lebensgefährlich.

*

Die Waffen der Mörderpartei.

Auf der Suche nach den Attentätern.

SPD. Berlin, 3. Juli. (Eig. Drahtber.)

Bei einer Hausdurchsuchung in den Büroräumen der Deutschnationalen Volkspartei in Freiberg Sachsen wurden etwa 12 schwere Maschinengewehre, 100 Kisten Munition und zwei Minenwerfer sowie ungeheure Mengen anderer Waffen in einem zugemauerten Raum gefunden. Bei den

Waffen befand sich ein Schreiben des Besitzers des Automobils, Rüdchenmeister, aus dem Rathenau erschossen wurde, das unter anderem die Worte enthielt: „Bleibt nun ruhen, bis wir euch zur Tat der Rache brauchen.“ Die gefundenen Waffen füllten einen Kraftwagen mit Anhänger. Im Zusammenhang mit dem Waffensfund wurden Verhaftungen vorgenommen.

Die Suche nach den beiden anderen Mördern Rathenaus hat im Laufe des Sonntags keine weitere Ergebnisse gezeitigt. In Berlin sind zahlreiche neue Verhaftungen vorgenommen worden. Auch in Elberfeld sind drei verdächtige Personen verhaftet. Die Ermittlungen der Kriminalpolizei werden außerordentlich erschwert, da man bisher ausschließlich bemüht sein mußte, die richtigen Namen der beiden anderen Mörder festzustellen, da dieselben bei geheimen Sitzungen oder bei andern Zusammenkünften immer unter falschem Namen auftraten. Die Steckbriefe mit ausführlicher Personalbeschreibung und Bild werden demnächst veröffentlicht.

Das Gesetz zum Schutze der Republik im Reichsrat angenommen.

Berlin, 4. Juli.

Der Reichsrat hielt am Montag, dem 3. Juli, in später Abendstunde eine öffentliche Sitzung ab. In dieser wurde das Gesetz zum Schutze der Republik mit Zweidrittelmehrheit angenommen, nachdem die Ausschüsse fast den ganzen Tag mit Beratungen ausgefüllt hatten. Ferner wurde das Amnestiegesetz, welches ursprünglich in dem Gesetz zum Schutze der Republik enthalten sein sollte, mit der gleichen Zweidrittelmehrheit angenommen.

1 Dollar = 420 M.

Die nervöse Stimmung hielt am Devisenmarkt auch bei Beginn der neuen Woche an. Der Dollar war heftigen Schwankungen zwischen 415 und 428 ausgesetzt. Ähnlich notierten: Kabel New York 420, London 1925, Holland 16 200. Durch das Nichterscheinen der Berliner Zeitungen ist die ohnehin undurchsichtige Lage noch komplizierter geworden. Am Devisenmarkt scheint eine allgemeine Valutahamsterei eingetreten zu haben. Am Effektenmarkt war infolge der festen Tendenz der Devisen die Stimmung ebenfalls verhältnismäßig fest. Immerhin verhindert die unklare politische Lage eine stärkere Belebung. Die meisten Industriepapiere zeigten Kurssteigerungen um 40 bis 60%. Besonders gesucht waren Valutapapiere. Am Dienstag bleibt die Berliner Börse geschlossen.

Preußen macht Ernst.

SPD. Berlin, 3. Juli. Drahtbericht.

Der Verfassungsausschuß des Preussischen Landtages tagte am Sonntag und Montag vormittag, um über die Anträge zum Schutze der Republik Beschluß zu fassen. Angenommen wurde der Entwurf eines Gesetzes über die Dienstvergehen der nichtrichtlichen Beamten, der Richter und der Privatdozenten. Unwichtig im Sinne der Weimarer Disziplinargesetze ist nach dem Entwurf ein Beamter, der Bestrebungen, die auf Wiederherstellung der Monarchie oder gegen den Bestand der Republik gerichtet sind, im Amte durch Mißbrauch seiner amtlichen Stellung oder in der Öffentlichkeit fördert oder Bestrebungen durch Verleumdung, Beschimpfung oder Verächtlichmachung der Republik oder von Mitgliedern der jetzigen oder früheren republikanischen Regierung, des Reiches oder eines Landes unterstützt. Ueber alle derartigen Vergehen soll ein besonderes einzelnes Disziplinargesetz entscheiden, der aus sieben Mitgliedern besteht. Die Ernennung dieser Mitglieder erfolgt durch den Ministerpräsidenten auf ein Jahr. Zwei Mitglieder müssen dem Kammergericht angehören. Angenommen wurde außerdem ein demokratischer Antrag, der die leitenden Stellen in der Verwaltung ausschließlich nur solchen Personen übertragen will, die unbedingt zuverlässige Vertreter der Republik sind. Die gleichen Grundzüge sollen für die Uebertragung der Personalreferate gelten. Die Ernennung von Personalreferenten bei den Provinzialbehörden bedarf in Zukunft der Bestätigung durch den zuständigen Minister. Angenommen wurde ferner ein Antrag der Demokraten, der verlangt, daß künftig auch Ministerialräte, Abteilungsdirektoren bei den Provinzialregierungen, Präsidenten der Landes-Kulturämter und Direktoren der Provinzialschulkollegien jederzeit in den einseitigen Ruhestand versetzt werden können. Annahme fanden mehrere sozialdemokratische Anträge, die u. a. fordern, daß die Schülerbibliotheken von solchen Büchern geläubert werden, die mit der bestehenden Republik nicht in Einklang zu bringen sind und daß alle Schulbücher, die eine Verherrlichung der Monarchie oder der Hohenzollern enthalten, mit größter Beschleunigung außer Gebrauch gesetzt werden und daß das Staatsministerium in den Schulen diejenigen Verbände vertritt, deren Tätigkeit gegen die Republik gerichtet ist. Der sozialdemokratische Antrag, nach dem jedes preussische Dienstgebäude eine Reichsflagge besitzen und bei entsprechender Gelegenheit hissen muß, fand ebenfalls Annahme. Wo zwei Flaggenmasten vorhanden sind, ist neben der preussischen Fahne die Reichsflagge zu hissen.

Die Beratung über die sozialdemokratischen Anträge bildete einen schweren Kampf der Republikaner gegen die Antirepublikaner. In den letzteren gehört auch die Deutsche Volkspartei, die in den meisten Fragen mit den Deutschnationalen durch dick und dünn ging. Die Volkspartei wollte die Beratung der Gesetze überhaupt verschoben, bis die Reichsgerichte fertiggestellt sind. Das würde bedeuten, daß die Gesetze erst nach den Sommerferien erledigt werden könnten. Ein besonders scharfer Kampf entstand über die Forderung der Sozialdemokraten, in die Amnestievorlage auch die Vergessen anlässlich des Eisenbahnerstreiks mit einzubeziehen. Leider wandten sich hiergegen auch die Vertreter des Zentrums. Sie beantragten, eine große Reihe von Fällen von der Amnestie auszuschließen. Dieser Antrag fand auch mit 15 Stimmen der Deutschen Volkspartei, der Deutschnationalen und des Zentrums gegen 14 Stimmen der übrigen Parteien Annahme. Besonders hervorzuheben ist, daß unter den Anträgen sich auch ein Antrag befand, der gegen alle Beamte vorgegangen wissen will, die trotz Verbots in den ihrer Aufsicht unterstellten Diensträumen Bilder oder Büsten des alten Königs oder von Mitgliedern seiner Familie bilden. Der Antrag, den 11. August als Jahrestag der Reichsverfassung als Nationalfeiertag festzusetzen, wurde mit Hilfe der Kommunisten abgelehnt. Ein Kommunist stimmte dagegen, der zweite enthielt sich der Stimme. Dadurch verhalfen sie der ablehnenden Mehrheit mit 13 gegen 12 Stimmen zum Siege. Annahme fand u. a. noch ein Antrag, der die preussische Regierung ersucht, bei der Reichsregierung auf das Verbot des Tragens der früheren Militäruniformen hinzuwirken.

Der Minister des Innern hat folgende Entscheidung getroffen: Versammlungen und Festlichkeiten der Kriegervereine, ähnlicher Vereinigungen und Kreisriegerverbände sind Versammlun-

gen von Angehörigen ehemaliger Truppenteile und fallen daher unter das Verbot in der Bekanntmachung des Herrn Ministers des Innern vom 26. Juni 1922; die auf Grund der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten über das Verbot bestimmter Versammlungen von demselben Tage ergangen ist.

Ein neuer Skandalprozess in München.

München, 3. Juli. (Sig. Drahtbericht.)

Die bayerische bürgerliche Presse hat sich daran gemacht, den sogenannten Prozess Leoprechting als Ablenkungsmanöver gegenüber dem Schreimbundverfahren gegen die Würder Mathenaus auszuschalten und diesem Wanktasten und Putschopaten eine pazifistische und sozialistische Weltanschauung zu unterstreichen. Vor allem aber die Vertreter der Reichsregierung welche sich vor diesem politischen Hochstapler drehen, liegen, in den Augen der Öffentlichkeit herabzusetzen. So den Reichsanwalt, den Chef der Reichsjustiz, den Chef der Reichsjustizabteilung und das preussische Staatskommissariat für öffentliche Ordnung. Die wahren Schuldigen an dem Schicksal dieses grüßenswerten Anwaltens sind die unterwürfigen Bureaukraten, Postkrieger und Diplomaten, welche auf die Sprüche und die Urkundenfälschungen hereinfielen. Die Bismilliarde des betrüblichen Barons Sprengle die Lore jedes Salons und jeder Amtsstube. Im übrigen hat der erste Verhandlungstag einen Rattenstanz und ein Entmündigen, Verstrickungen und Selbstmorden in der Familie Leoprechtings zutage gefördert. Das Schicksal des Angeklagten ist heute morgen bereits entschieden worden durch das Eingeständnis Leoprechtings, daß er im Auftrage und im Sold des französischen Gesandten in München die Trennung des deutschen Nordens vom Süden betriebe und daß ihm derselbe als Entgelt dafür die Karriere eines großen Staatsmannes in dem neuen süddeutschen Staatsgebilde versprochen. Bezeichnend für die Persönlichkeit Leoprechtings ist die Tatsache, daß er 1919 noch wüsten der Renançe-Politiker, Antisemit und Monarchist war und sich erst unter dem Druck seiner Separationspolitik entschloß, zum Zweck der Einwirkung auf Berliner politische Kreise ein pazifistisches Gewand anzuziehen.

Die Beweisaufnahme hat ergeben, daß Leoprechting von der französischen Gesandtschaft 67 000 Mark, von Reichsstellen 45 000 Mark zum Unterhalt seines Bureaus erhalten hatte.

Der Verhandlungsleiter ließ bedauerlicherweise die nötige Objektivität vermissen und würdigte den Verhandlungstag zum deutschnationalen Agitationslokal herab. Der Antrag des Verteidigers und des Staatsanwalts, den Prozess unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfinden zu lassen, da die Vorgänge, die uns vor einem mit uns im Frieden lebenden Staate abspielen könnten, nicht in einer öffentlichen Verhandlung zur Sprache gebracht werden sollten, wurde abgelehnt. Das Geständnis des Angeklagten, er sei ein Bewunderer der französischen Zivilisation, wurde von dem Vorsitzenden mit einem Wortschwall nationalstiller Phrasen über die schwarze Schmach im Rheinland erwidert. Bemerkenswert ist, daß der Angeklagte zugibt, seine im Interesse Frankreichs geplante Geheimorganisation sei dem Vorbild des von ihm gegründeten nationalistischen Geheimbundes „Vergland“ nachgebildet worden.

Die Anklage gegen den Baron v. Leoprechting behauptete, daß Leoprechting die Pläne des französischen Gesandten in München, durch im engsten Zusammenwirken mit diesem in jeder Weise, organisatorisch und schriftstellerisch, insbesondere durch Heharsittel gegen Norddeutschland zu fördern, verheißt und dafür von Nord monatlich 3000 Mark bezogen habe. Es sei Leoprechting auch gelungen, als Enthüller dieser Verschwörung Vertrauen, Geld und Nachrichten von der Reichsregierung zu erlösen. Er soll diese Nachrichten an den Gesandten weitergegeben haben. Leoprechting wird ferner beschuldigt, sich bei der Reichsregierung besonders durch Empfehlung einer politischen Bewachung lieb Kind gemacht zu haben; schließlich sei er nach Berlin geflohen, wo ihn die Münchener Staatsanwaltschaft verhaften ließ.

Der Preis-Index.

Im neuesten Heft der „Globe“ untersucht Hermann Kranold die Methoden, deren man sich beim Aufstellen der Indexziffern bedienen kann. Er schreibt:

„Wer sich in das Problem der Findung eines „geeigneten“ Preisenszegers (Indexzes) für die Messung der Lebenshaltung

einmal vertieft, der trifft fast so viele verschiedene Methoden der Indexberechnung wie berechnende Sachverständige. Schon die Frage: Welche Verbrauchsgüter sollen der Indexberechnung zugrunde gelegt werden? wird ganz verschieden beantwortet. Die einen rechnen nur Nahrungsmittel, die anderen Wohnung, die dritten Kleidung, die vierten „sonstige“ Bedürfnisse in funkturbunter Auswahl mit, manche legen die Steuern mit ein, manche nicht, die einen legen Großhandelspreise, die anderen Kleinhandelspreise zugrunde. Die tatsächliche Lebenshaltung der Menschen bestimmen, daran ist kein Zweifel, die Kleinhandelspreise; die Steuern, die Wohnungsmieten gehören dazu. Aber die objektive Feststellung der Kleinhandelspreise ist sehr schwierig; schon in ein und derselben Großstadt muß man den Taschen grob Gewalt antun, wenn man Kleinhandelsdurchschnittspreise für die ganze Stadt berechnet. Dazu schwanken die Kleinhandelspreise von Ort zu Ort sehr stark. Welche Orte soll man nehmen? Oder soll man Indizes für ein ganzes System von Ortsklassen berechnen? Die Erfahrungen mit den Schwierigkeiten bei der Zuteilung der Orte zu den Ortsklassen für die Abstufung der Ortszuschläge bei der Beamtenbezahlung haben wenig Verlockendes an sich. Also entschließt man sich für die Großhandelspreise, weil sie von Ort zu Ort weniger verschieden sind. Aber sie sind nur für diejenigen Verbrauchs- und Gebrauchsgüter feststellbar, die im Großhandel umgelegt werden; viele werden es nicht, z. B. weder ärztliche Leistungen noch Brot (sondern Mehl und Getreide, was nicht das gleiche bedeutet). Also muß man die Erfassung der Großhandelspreise entweder durch Kleinhandelspreise für solche Güter ergänzen — wobei alle oben aufgezählten Schwierigkeiten aufs neue auftauchen — oder man muß sie weglassen. Es ist aber offenbar dann dem blinden Zufall überlassen, wie weit die Zusammenstellung der so für die Berechnung des Index erfassten Güter dem Lebensbedarf einer Arbeiterfamilie überhaupt noch entspricht. Weiter: Wie viel von jedem Großhandelskonsumgut soll man rechnen? Soll man den Kopfbedarf oder den Familienbedarf (wie groß soll die Familie sein?) zugrunde legen? Soll man einer Familie mit drei Kindern zwei, drei oder vier Zimmer in der Statistik „zubilligen“? Oder soll man von dieser Mengenfestsetzung absehen und sogenannte „ungewogene“ (d. h. die Menge nicht berücksichtigende) Statistiken aufstellen? Für und gegen diese Möglichkeiten spricht manches. Was im Interesse der Arbeiterschaft das Notwendige ist, steht noch keineswegs fest, wegen des Fehlens einer großen sozialistischen, streng wissenschaftlichen Zeitschrift (die ein dringendes Bedürfnis zielbewusster Arbeiterpolitik wäre!) liegen gerade von sozialistischer Seite fast keine Beiträge zur Lösung dieser Probleme vor (von erfreulichen Ausnahmen — Kuczynski, Raphaeli, Lederer umr. —, die aber wenig zahlreich sind, abgesehen). Fest steht wohl so ziemlich, daß der Index der statistischen Reichsamts, am Arbeiterinteresse gemessen, der schlechteste von allen ist. Meist wird alles dies in irgendeinem Grad zugegeben. Aber Folgerungen werden daraus selten gezogen, die Begeisterung für gleitende Löhne erleidet dadurch wenig Abbruch. Und in der Tat ist es richtig, daß die Schwierigkeiten in der Findung eines geeigneten Indexes für sich allein noch kein ausschlaggebendes Argument gegen die Einführung gleitender Löhne darstellen. Denn die Kräfteparnis, die durch das Gegenstandsloswerden vieler bisheriger Lohnstreitigkeiten und Lohnkämpfe gerade auch für die Arbeiterschaft erzielt werden würde, wäre sehr hoch zu veranschlagen. So kann die Prüfung dieser Tatsache also starke Bedenken gegen die gleitenden Löhne mahnen, den Gedanken aber nicht endgültig widerlegen.“

Kranold ist der Ansicht, daß, soweit die Geldlöhne in Frage kommen, eine schnelle Festsetzung der Indexziffern möglich sein könnte und durch die gleitenden Löhne auch keine besondere Anreize in der Preisbildung und Inflation entstehen würde, solange der Markt, wie bisher in Deutschland, unterversorgt bleibt. Nun kommt aber der Umstand sehr in Frage, daß der Unternehmer in der Lage ist, die Preise seiner Produkte viel schneller zu verändern, als der Arbeiter. Kranold warnt deshalb die Arbeiter davor, zu sehr auf den Grundlag der gleitenden Lohnskala zu bauen und damit endgültig ihres Streikrechtes sich zu begeben, dessen sie unter Umständen noch sehr bedürfen werden.

Der Buchdruckerstreik in Berlin geht in dem bisherigen Umfange weiter. Am Montag ist nur das „Nachrichtenblatt der Berliner Arbeiterschaft“ erschienen. Die Aussichten auf eine schnelle Beilegung des Streikes sind zurzeit noch sehr gering.

Antje Möller.

Ein Roman aus Schleswig-Holstein von R. von der Gibe.

34. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)
Kolf sah in tiefes Nachdenken versunken. Er sah nicht mehr Jageborgs lächelndes Haar und ihre grünen Augen, eine andere, viel kleinere Gestalt fand ihm vor Augen. Seine Stirn umwallte sich und klarte sich wieder auf, wie rasch vorüberziehendes Wetter.
Er atmete schwer und tief. Das Reich, das verführerisch vor ihm lag, hatte einen Funken in sein Inneres geworfen. Sie wollte daraus einen Brand entfachen, an dem sie sich erwärmen, über den sie sich freuen wollte in heiger Lust. Aber die Flamme glühte feil und verborgen; sie drang nicht nach außen.
„Ja, ja, Du magst recht haben,“ sagte er, und dann fand er auf, ging nach seinem Stod und holte mit dem Griff seines Stodes mechanisch seine Kasse herunter. „Ach, Jageborg, grüß‘ Tamm.“
„Ach, Kolf.“
Frau Jageborg stand in der Haustür und blinnte dem Davoneilenden nachschäuelnd nach. Sie sagte, daß sie in keiner Weise ein Feuer entzündet hatte, und ihr Herz wurde innerlich gejauchzt, als er mit festem, heißen Mund ihre Hand presste. In seinem kalten Blick aber hatte sie gesehen, daß keine Gedanken weiter von ihr entfernt waren, daß ihn gar nicht danach verlangte, sie zu besitzen. Kolf blieb unterwegs öfters stehen und schaute nach den Dächern, die hernengleich in der dunklen Ferne aufstiegen.
Frau Jageborg hatte recht, sein Leben war unerschütterlich geworden. Er war ein Mann, er war kein eigener Herr; wer wollte es ihm verwehren, wenn er nach einem schweren Arbeitstage einatmend einen Augenblick an Ruhe ausruhte und nach einem Duschbad ausschlief oder sich an dem Duft einer Beglückung ergötzte?
Während Jageborg zu ihm sprach, war ihre eigene Person ihm immer ferner gerückt. Ihm war kein anderer Gedanke mehr gekommen, als der an Antje. Wenn er sie auch nicht besitzen durfte, so konnte es ihm doch niemand wehren, sie mal dann und wann zu sehen. Ja, wenn er sich nur mal ihr gegenüber aussprechen konnte und ab und zu mal ihre kleine Hand ergreifen und drücken durfte, dann würde er zufrieden sein.

Es war im Vorfrühling. Glücks- und Liebesahnen lag in der Luft. Es duftete nach Blumen, die noch nicht einmal blühten. Kolf dachte nach. Ungefähr vor einem Jahre mußte wohl sein Sohn konfirmiert worden sein. Wie hatte er gemerkt, daß sie ihn bringen würde. Sie war nicht gekommen und hatte auch den Sohn nicht geküßt. Er konnte es ihr nicht verdenken. Welche zärtliche Mutter brachte wohl ihren Sohn nach Methwischhof? Als aber einmal eine Frau mit einem Jungen die Tritt herunter gekommen war, da hatte sein Herz ihm in der Brust förmlich geklopert.
Er hatte lange gemartet, ehe er einen Hoffungen mietete, er hätte die Stelle freilassen wollen, dann hätte er zuletzt den ersten besten engagiert; die Hoffnung, daß sie ihm ihren Sohn schiden würde, hatte er entlassen.
In dieser Nacht ließen Kolf keine ungerügten Sinne nicht schlafen. Er sah Antje vor sich, wie sie vor vielen Jahren sein eigen gewesen war. Er meinte ihren Atem zu spüren und ihr klopfendes Herz. Ein wildes, wahnwitziges Verlangen nach der einzigen, die er geliebt hatte, ergriß ihn. Das Bett wurde ihm zu heiß; er hätte aufspringen und hinauslaufen mögen.
Kehren sollte keine Frau. „Was hast Du eigentlich, rief sie, Du bist so zornig, man kann gar nicht schlafen.“ In diesem Augenblick hatte er Karline, die ihm bisher noch gleichgültig gewesen war. Früher ging Kolf am Tage seiner Beschäftigung nach. In ihm brannte und loderte es wieder. Seine Augen glühten. Einige Tage darauf war er in Hülme. Er hatte hier einiges Geld zu verdienen. Als dies befragt war, ob er rasch etwas in Hülme und fuhr wieder ab. Wenn er gemächlich fuhr, konnte er gegen acht Uhr wieder zu Hause sein, aber etwas in ihm war zögerlicher als Wille und Besinnung. Er fuhr auf der entgegengelegten Seite aus Hülme hinaus auf Jansfeld zu.
Das Pferd war halb erblindet; er trieb es mit der Peitsche zu Schmelzer, immer schneller. Bald merkte er, daß es lahmt. Das Pferd hatte ein Bein verloren.
Jetzt mußte er die Fahrt wagen. Er war auf halbem Wege; sollte er vorwärts oder zurück? „Vorwärts“ rief es in ihm. Mit der Peitsche und Jansens trieb er das Pferd weiter. Es ging langsam, aber er kam doch seinem Ziele näher. Ihn noch eine halbe Stunde höchstens, dann würde er Antje wiedersehen. Dann würde er sie in seine Arme nehmen, sie küssen bis zur Atemlosigkeit. Sie sollte kein heißes Verlangen fühlen, und er wollte sie dann dafür in Gott und Erde halten. Und wenn sie ihn nicht anfahren wollte, dann würde er vor ihr knien und flehen um ein wenig Liebe. „Antje,“ murmelte seine Lippen.
Antje.

Jetzt war Jansfeld erreicht. Das Pferd ging nur noch im Tritte. Wohnte hier nicht ein Schmied? Das traf sich gut; er konnte gleich das Pferd hier beschlagen lassen. Derweilen ging er zu Antje.
In der Schmiede traf er nur den Lehrlingen, der ein halb geleertes Punschglas neben sich stehen hatte und mit vollen Baden taute.
„Na, Jung,“ sagte Kolf, „ich wollt mein Pferd beschlagen lassen; ist Dein Meister nicht da?“
„Ne, der hat keine Zeit; der feiert sein Verlöbniß. Die sind bannig lustig drinnen.“
„Was geht mich Deinem Meister sein Verlöbniß an,“ rief Kolf ungebuldig. „Mein Pferd lahmt; ich kann nicht weiter!“
„Oh, da bleiben Sie man zur Nacht,“ rief der Junge. „Gehn Sie man rein; die haben Punsch und Furtzens genug. Dann sehen Sie gleich unsere Frau Meisterin, Antje Möller vom lüttken Gann.“
Der Junge, den der Punsch geschwählig gemacht hatte, wollte noch weiter reden, aber da sagte ihn Kolf an den Ohren und schwur, ihm das Genick umzudrehen, wenn er nicht augenblicklich den Meister hole.
Das half. Der Junge lief davon, und einige Augenblicke später kam der Meister Jochen heraus. Er war etwas unwillig über die Störung, aber im übrigen so gut gelaunt, wie es ein Schmied an seinem Geburtstag kurz vor der Verlobung nur sein konnte. Bereitwillig kam er Kolf's Wunsch nach und band sich das Pferd allein beschlagen können, aber Kolf wollte noch eine Frage tun. Er konnte sich getri haben; aber es ließ ihm doch keine Ruhe. Er mußte Gewissheit haben um jeden Preis. „Siz wollen sich verheiraten, wie ich höre?“ fragte er.
„Na, ja, es will nicht so recht gehen ohne Frau.“
„Ihre Braut ist hier aus dem Orte, nicht wahr? Wie heißt sie doch, Antje?“
Kolf sprach in ganz ruhigem Tone, die innere Erregung drang nicht nach außen.
„Antje Möller,“ ergänzte der Schmied. „Sie hat die kleine Höterei da drüben.“
„Hat sie nicht einen alten Onkel?“ Er wollte ganz sicher gehen.
„Ja, Dreesohn, der Taufendfünter.“
„Ist nicht auch noch ein Sohn da?“
„Jawohl, Herr, aber das geniert mich nicht weiter. Es ist auch eine guter Junge. Die Hauptfache ist, daß man ne ordentliche Frau kriegt, und das ist sie.“

Freistaat Lübeck.

Dienstag, 4. Juli.

Unsere Leser. Der Rundgebung für die Republik wegen wird heute der Lübecker Volksbote erst nach 6 Uhr abends ausgetragen. Auch der Umfang des Blattes mußte wegen vorheriger Fertigstellung eingeschränkt werden.

Die Dichtung der Zukunft.

Sie wird die Bluttat immer Bluttat nennen,
Sie wird die Herrscher von den Thronen gestürzen,
Sie wird den Mörder nicht zum Helden kranken
Und seinen „Ruhm“ nicht mehr in Worten weihen.

Sie wird die Könige nicht mehr besingen —
Sie wird ihr Lied den Ackerärmsten weihen,
Sie wird nicht Rosen um die Schwertspitzen schlingen —
Nein, sie wird auf in wildem Schmerz schreien!

Und die Gerechtigkeit wird zögernd kommen,
Wärmeliegend gießt sie über uns ihr Schweiß,
Wir werden keine „Reinen“ mehr und „Frommen“,
Wir werden endlich einzig Menschen sein!

J. S. Medan.

„Das Warnungssignal.“

Die reaktionäre Presse Lübeds schließt sich ihren Bundesgenossen im Reich an und lobt, weil die Arbeiterklasse Ernst mit ihren Forderungen zum Schutze der Republik macht. Insbesondere sind die „Lübedischen Anzeigen“ drauf und dran, ihre Leser vor den Sozialdemokraten gewarnt zu machen. Das ist ja seit altersher ihr spezifisches Handwerk. Das Blatt läßt sich jetzt in wirtschaftspolitischen Betrachtungen und kommt zu dem uns nicht überraschenden Schluß, daß nicht die nationalpolitische Hege und die Niederhaltung republikanischer geistiger Kräfte durch monarchistische Mörderbanden den Kurssturz nach sich zogen, sondern daß die Generalfreikampagne der Sozialdemokraten die Schuld trage. Wir haben nicht die Absicht, auf die einseitigen Unterstellungen der Lübedischen Anzeigen gegen die „marxistischen“ Gewerkschaften näher einzugehen. Denn außer dem Amtsblatt weiß jeder Mensch, daß gerade die freigewerkschaftlich organisierten Gewerkschaften alles daran setzten, um das Wirtschaftsleben wieder aufzurichten, das durch die Schuld der Militaristenlasten niedergedrückt war. Über davon weiß der Parteipolitiker in den Lübedischen Anzeigen nichts. Desto mehr ist er in jenen Kreisen zu Hause, wo man das Geld — aus dem niedergedrückten Wirtschaftsleben gewonnen — in Luxus umsetzt und zum Fenster hinauswirft. Es müßte schon ein großer Einfallspiegel sein, der auf den Leitartikel der Lübedischen Anzeigen vom 3. Juli hineinfällt, wenn er auf der dritten Seite der gleichen Ausgabe über das „Wachstum der Reinen“ folgendes schreibt:

Größtstädtisches Leben herrschte auf dem Sattelplatz und der Tribüne, die bis auf den letzten Platz gerammelt voll saß. Eine elegante Modenschau tat sich vor unseren Augen auf. Die Kleider der Damen sind länger geworden, und fließen in weicher Linie, den schlanken Wuchs ihrer Trägerin nur abnehmend, am Körper herunter. In der Farbe bevorzugt schien gelber Tüll, teils mehr, teils weniger geschmackvoll mit anderen Farben zusammengestellt. Daneben sah man auch häufig die gestreifte Mode. Alles in allem war es ein farbenreudiges Bild, das durch die bunten Goltjacken der Herren wirksam unterstützt wurde. ... Der Totoumsatz, der am Freitag über 800 000 Mark betragen hatte, stieg am Sonntag auf 1 394 690 Mk.

Es scheint also mit der Hemmung des Wirtschaftslebens durch die „marxistischen“ Gewerkschaften nicht so schlimm bestellt zu sein, wenn aus dem Schweiß des Arbeiters noch so viel Geld zu eleganten Toiletten, weißwollenen Hosen und bunten Golfjacken übrig bleibt und wenn man Millionen für Wetten hinauswerfen kann. Vom Unterhalt der Gesellschaft in den Hotels gar nicht zu reden. Kümmeren sich diese Drohnen der Gesellschaft um die wirtschaftliche Not, verkehrtes Amtsblatt? Ach nein, die Blutsperrenwächter der Amtsblattleute predigen das Volk seit jeher aus und sind nur in Berlekerwut gefallen, weil das werktätig schaffende Volk den Schmarozern am Wirtschaftsleben die Faust entgegenstreckt. Wie die Tatsachen beweisen, mit Recht.

*

Die Abstimmung auf den Werften.

Der vom Reichsarbeitsministerium am 27. 6. gefällte Schiedspruch hat folgendes Ergebnis durch die Abstimmung gezeitigt:

	Ja.	Nein.	ungültig.
Begegnung . . .	54	2268	6
Osterholz . . .	14	206	5
Rendsburg . . .	9	507	—
Nordenham . . .	223	452	28
Lönning . . .	27	232	5
Lübeck . . .	202	1553	—
Emden . . .	49	562	4
Hensburg . . .	974	516	—
Posthof . . .	310	1834	84
Bremerhaven . . .	1475	4221	68
Bremen . . .	743	3902	25
Hamburg . . .	1888	2036	21
Kiel . . .	2488	5892	6 ohne Reichsbetr.*
Stettin . . .	1280	4119	98
	9536	27 800	298

*Kiel mit Reichsbetrieb für Annahme 4297 Ablehnung 9497

Wie die Kollegen aus der Abstimmung erfahren, ist eine große Mehrheit für die Ablehnung des Schiedspruches vorhanden. Da aber zur Arbeitsniederlegung mindestens Drei-Drittel-Majorität vorhanden sein muß, gilt der Schiedspruch als angenommen. Der Spruch ist von der höchsten Instanz gefällt worden, jedoch eine weitere Verhandlungsmöglichkeit nicht mehr gegeben ist. Das Lohnabkommen wurde unsererseits sofort wieder erklärt, jedoch wir innerhalb 14 Tagen erneut mit den Werftbesitzern in Verhandlung treten werden zwecks Festsetzung der Löhne für den Monat August.

Die Werftorte, welche mit 2/3 Majorität den Schiedspruch abgelehnt haben, müssen sich auch dem Gesamtergebnis unterwerfen. Da der Spruch für sämtliche Werften gilt, das Lohnabkommen ebenfalls ein zentrales ist, dürfen die Kollegen unter diesen Umständen zu einer Arbeitsniederlegung schreiten.

*

Weiteres Darlehen an die Gemeinnützige Siedlungsgenossenschaft e. G. m. b. H. Durch Rat- und Bürgerbeschluß vom 28. Juni 1921 ist die Finanzbehörde ermächtigt, der Gemeinnützigen Siedlungsgenossenschaft e. G. m. b. H. in Lübeck auf die von dieser zu errichtenden Bauten bis zu 2 000 000 Mark aus Kassemitteln zu gewähren unter der Bedingung, daß die Darlehen durch Eintragung von Sicherungshypotheken zu Lasten der zu bebauenden Grundstücke gesichert werden. Die Siedlungsgenossenschaft hat beantragt, diesen Kredit zu erhöhen, damit sie auch in diesem Jahre ohne Verzögerung die Bautätigkeit fördern könne. Sie begründet ihren Antrag damit, daß der Bau eines Einfamilienhauses gegen das Vorjahr heute das Doppelte bis Dreifache koste und der Betrag, der in jedem Haus vorübergehend festgelegt werden müsse, demnach entsprechend höher sei. Ferner gehen die Hypothekengelder, die zur Ablösung der Zwischentreitshypotheken dienen sollen, erst spät ein. Die Hypothekengelder knüpfen an die Hergabe der Gelder Voraussetzungen, zu deren Erfüllung durch Beschaffung der erforderlichen Unterlagen eine längere Zeit vergehe. Die bewilligte Summe von 2 000 000 Mk. sei durch die Auszahlungen erschöpft. Die Finanzbehörde empfiehlt die Bereitstellung eines weiteren Darlehens in Höhe bis zu 2 000 000 Mk. Der Senat ist mit der Gewährung des Darlehens einverstanden und stellt einen dementsprechenden Antrag zur Mitgenehmigung der Bürgerchaft.

Zum Streit der Maschinenisten und Assistenten in der Groß- und Schleppschiffahrt wird uns von der Organisationsleitung u. a. geschrieben: Die Verhandlung der in Frage kommenden Arbeitnehmer-Organisation mit dem Zentralverein Deutscher Reederei am 7. Juni endigte mit einem völlig negativen Erfolg. Die Reederei erklärte, daß jede weitere Verhandlung, auch über eine evtl. Erhöhung der Gehälter davon abhängig gemacht würde, daß die Arbeitnehmer-Organisation ihr Einverständnis zu einem grundsätzlichen Verzicht auf Bezahlung der Überstunden bei den Schiffsassistenten und dem technischen Bedienungspersonal abgeben würde. In diesem Falle waren die Reederei bereit, dem verheirateten Schiffsassistenten geringe Zulage zu gewähren und auch die Pauschalsumme für Überstunden zu erhöhen. Für die Mannschaften wurde jede Zulage kategorisch abgelehnt. Diese Zusage fand einstimmige Ablehnung. Die Reederei waren nicht dazu zu bewegen, ohne Erklärung auf Verzicht der Überstundenbesetzung über eine Gehaltserhöhung mit sich reden zu lassen. Die Arbeitnehmer hielten ihre Forderung auf Bezahlung der Überstunden aufrecht. Auf ihre Erträge wurde am 20. Juni regierungsseitig ein Schiedsgericht eingesetzt, welches folgenden Spruch fällt: 1. Der Schlichtungsausschuß hält es bezüglich der Lohnregelung nicht für angezeigt, 2. Zt. einen Unterschied in der Entlohnung der Verheirateten und Unverheirateten zu machen. 2. Da die Parteien im einzelnen für die Lohnsätze noch nicht untereinander verhandelt haben, gibt der Schlichtungsausschuß ihnen auf, am 23. Juni 1922 den Streitpunkt zum Abschluß zu bringen. Falls bis zum 30. Juni 1922 eine Einigung nicht erzielt ist, steht es den Parteien frei, das Reichsarbeitsministerium erneut anzurufen. 3. Hinsichtlich der Überstundenvergütung spricht sich der Schlichtungsausschuß nach dem gegenwärtigen Stand der Frage für eine Erhöhung der bisher bestehenden Pauschalvergütung aus. Die Parteien werden ersucht, sich über Annahme oder Ablehnung des vorliegenden Schiedspruches bis spätestens zum 27. Juni 1922 dem Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses Hamburg gegenüber zu erklären. — Dieser Spruch befriedigte in keiner Weise, speziell Ziffer 3 des Spruches veranlaßte den Zentralverband der Maschinenisten und Heizer, sowie den Verein der technischen Schiffsassistenten und Seemannsinitiativen zur Ablehnung, da der Spruch im allgemeinen als ein Festspruch angesehen werden mußte. Beide vorgenannten Organisationen ersuchten deshalb das R.A.M. um Aufhebung des Schiedspruches und Einsetzung eines neuen Schiedsgerichts. Zur mündlichen Einleitung einer Besprechung wurden von der Spitzenvertretung beider Organisationen Vertreter zum R.A.M. entsandt, jedoch ohne Erfolg. Die Maschinenisten und Assistenten beschloßen daraufhin, am Sonnabend, dem 1. Juli in den Streik zu treten und so lange zu kämpfen, bis ihrer bisherigen unwürdigen Behandlung Gerechtigkeit widerfährt. Die Organisationen sind sich bewußt, welche schweren, wirtschaftlichen Folgen ein derartiger Kampf nach sich ziehen kann. Sie müssen jedoch jede Verantwortung hierfür ablehnen, da lediglich das Reedereikapital einer mit Verantwortung und langer Arbeitszeit überbürdeten Gruppe Arbeitnehmer das vermag, was in der Industrie jedem einzelnen Arbeiter zugestanden wird. Die Forderung ist also die wirtschaftliche Lage der meisten in Frage kommenden Arbeitnehmer die denkbar schlechteste. Deshalb ist dieser Streit ein Verzweiflungskampf. Die Reederei mögen sich gesagt sein lassen, daß die Zeit der Abbrei vorbei ist. Auch in den Schiffsassistenten regt sich der Protest, rings umher ist der Erkenntnis durch, daß sie zur großen Masse der Entrechteten gehören. Einmütig sind alle in den Kampf eingetreten, der sicherlich innerhalb der übrigen Arbeitnehmerchaft die volle Sympathie hervorruft. J. M.

Der deutsche Schäferhund-Verein veranlaßt am 3. Juli eine Ausstellung (Sonder-Prüfungsschau) in der Stadthalle. Zugelassen sind deutsche Schäferhunde, auch solche, welche im Besitz von Nichtmitgliedern stehen, aber nur dann, wenn diese in das seit Bestehen des S.-V. geführte Zuchtbuch (S.Z.) eingetragen sind. Die Schau verspricht recht bedeutend zu werden. Alle Schäferhundleute werden zur Unterstützung aufgefordert. Es wird besonders auf die in dieser Woche in der Tagespresse und der Straßenbahn erscheinende Reklame verwiesen.

*

u. Moorgraben. Am Sonnabend, dem 1. Juli, sprach in einer gut besuchten Parteiverammlung Genosse Heuer über die letzten politischen Ereignisse. In scharfer Weise geißelte er das Treiben der deutschpolitischen und monarchistischen Kreise in Deutschland, die durch Mordanschläge unsere Republik untergraben und darum eine schwere Gefahr für das deutsche Volk bilden. Unerbittliches Zugeständnis unserer Regierungen in Reich und Ländern ist unabwendbare Pflicht. Von den Beamten ist zu fordern, daß sie unbedingt den Volksstaat stützen. Jede monarchistische Propaganda muß unerbittlich unterdrückt werden, und unjenseitigen Genossen auf dem Lande müssen in dieser Beziehung ein wahres James Auge haben. Redner streifte dann die Kassation des Kaiser-Wilhelm-L-Denkmals in Niendorf neben dem Schiffe. Gerade in diesen Tagen der politischen Hochspannung wirkt die Sache empörend. Es ist zu prüfen, ob nicht eine Entfernung des Standbildes, das allen republikanisch gesinnten Volksgenossen dauernd ein Vergernis bildet, verlangt werden kann. Mit einem begeistert aufgenommenen Hauch auf die Republik schloß der Vortragende seine Ausführungen. In der sich anschließenden regen Aussprache wurde besonders scharf gegen das Denkmals-Stellung genommen. Einmütig war man der Ansicht, daß es wieder verschwinden müsse. Genosse Trippler berichtete dann noch kurz über die Gemeindevorstandskonferenz und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die eingesetzte Kommission gute Arbeit leisten möge.

Angrenzende Gebiete.

Hf. Stoddsdorf. Gemeindevorstandskonferenz. In zwei kurz aufeinanderfolgenden Sitzungen mußte sich die hiesige Gemeindevorstandskonferenz mit Neuverteilung der Preise für elektrisches Licht und Kraft befassen. Hierzu hatte sich der Nordwestdeutsche Handwerkerbund, Ortsgruppe Stoddsdorf, mit einem Protestschreiben an den Landesvorstand in Cuxin gewandt, das das Verhältnis von Kraft und Licht pro Kilowatt von 3 : 5 festgesetzt haben will, da sie als Kraftabnehmer gegenüber den Lichtabnehmern sonst zu hohe Preise zahlen müßten. Von einem Kraftabnehmer wurde sogar die Behauptung aufgestellt, daß sie das

Stromlicht mit bezahlen müßten. In Hand der Lichtrechnungen vom Landesverband wurde nachgewiesen, daß für den Monat März die Gemeinde selbst 7,90 Mk. pro Kilowatt zahlen mußte. Somit wurden für März für Kraft 8,00 Mk. und für Licht 10,00 Mk. bezahlt. Dadurch ist klar erwiesen, daß die Lichtabnehmer die Straßenbeleuchtung bezahlen müssen und nicht die Kraftabnehmer. Die Lichtkommission, die die Preise für April und Mai festlegen sollte, konnte sich nicht einigen und so mußte auch hier die Vertretung die Preise festlegen. Nach einer längeren Debatte wurde beschlossen, für Licht 12,50 Mk., für Kraft 10,00 Mk. pro Kilowatt zu erheben. Ferner soll der Landesvorstand entscheiden, ob der Vertrag, den die Gemeinde vor dem Kriege mit dem Landesverband zwecks Festlegung des Verhältnisses der Licht- und Kraftpreise abgeschlossen hat, bei den heutigen Verhältnissen noch aufrecht zu halten ist oder ob die Gemeinde als Großabnehmer selbst über die Preise zu beschließen hat, die die Lichtabnehmer zu bezahlen haben. Für April und Mai muß die Gemeinde pro Kilowatt 9,00 Mk. an den Landesverband bezahlen; dazu kommt Abtrag, Verzinsung, Erneuerung und Verwaltung, so daß obiger Preis festgesetzt werden mußte. Die Holzmafien haben nur eine Lebensdauer von 15—20 Jahren, Zähler müssen nachgeprüft oder erneuert werden. Acht Jahre stehen die Mafien schon, doch ist bis jetzt noch kein Geld im Erneuerungsfonds vorhanden und im Winter kann erst recht nicht geparkt werden. — Einem Antrag der Arbeitsgemeinschaft wegen Lohnzulage wurde nach mehrmaliger Verhandlung in der Kommission und Vertretung zugestimmt. Beschlossen wurde, denjenigen Arbeitern, die am 4. Mai bis zur Fertigstellung der Arbeit im Herrengarten beschäftigt waren, eine Lohnzulage von 3,50 Mk. pro Stunde nachzuschlagen. In Frage kommen 10 Arbeiter mit 6226 Stunden. Nach einer Verfügung des Landesvorstandes wird den Sozialrentnern, Kleinrentnern und sonstigen Unbemittelten die nur ein Einkommen von 4000 Mk. pro Jahr haben, das Kartenbrot vom Landesverband pro Brot um 2,00 Mk. herabgesetzt, wenn die Gemeinde auch 2,00 Mk. auf jedes Brot bewilligt. Es wurde demgemäß beschlossen. Die hierfür in Betracht kommenden Personen können sich beim Gemeindevorstand melden. Die Verbilligung hat am 3. Juni begonnen und endet am 15. August. Die hiesigen schulpflichtigen Fortbildungsschüler sollen wieder wie im vergangenen Jahre der Fortbildungsschule in Schwartau überwiegen werden. Für den Schultag wird eine einmalige Straßenbahnfahrt von der Gemeindefasse getragen. Beschlossen wurde, daß bei Abhaltung von Festlichkeiten im Herrengarten die Veranstalter die Hälfte der gezahlten Standgelde von den Bodenbesitzern und Schankstellen in die Gemeindefasse zu zahlen haben.

Hamburg. 320 Millionen Mark Nachbewilligungen werden von der Bürgerchaft gefordert. Darunter befinden sich folgende Posten: 62 827 100 Mark für die 2. Sektion der Bau-Deputation; 9 603 500 Mark für die 1. Sektion der gleichen Behörde; 16 500 000 Mark für die Erbauung der Schweigeanlage für die Hamburger Gaswerke; 191 126 950 Mark für die Gesundheitsbehörde; 13 110 112,98 Mark für das Wochenschauspiel; 6 550 000 Mark für die Polizeibehörde; für die Städte Bergedorf und Cuxhaven sowie für die Gemeinde Geesthacht 13 900 000 Mark.

Hamburg. Zum Schutze der Republik. Die Polizeibehörde hat eine weitere Anzahl von Hamburger Angehörigen der Organisation C festgenommen und sie dem Untersuchungsrichter zugeführt. Zwei Polizeibeamte wurden vom Dienst suspendiert; der eine weil er bei einer Veranstaltung des Verbandes national gesinnter Soldaten bereits vor der Ermordung des Reichsministers Rathenau eine als Aufforderung zur Mordtat anzusehende Aeusserung getan hatte, der andere weil er nach Bekanntgabe der Ermordung des Ministers eine verwerfliche Aeusserung an einer Polizeiwache getan hat. — Die verbotene Hamburger Karte. Laut Verfügung des Polizeipräsidenten ist das Erscheinen der Hamburger Karte auf die Dauer von sechs Monaten verboten worden. Die letzte Nummer wurde trotz Verbotes noch in der ganzen Provinz Schleswig-Holstein verkauft.

Devisen-Kurse.

Berlin, 4. Juli.

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

	8. Juli.	2. Juli.
Amsterdam	100 fl.	16729.05
Brüssel (Antwerpen)	100 Frs.	3370.75
Kristiania	100 Kr.	7290.55
Kopenhagen	100 Kr.	9388.80
Stockholm	100 Kr.	11215.95
Helsingfors	100 finn. Mk.	943.80
Rom	100 Lire	1877.50
London	1 £	1922.55
New York	1 Doll.	419.47
Paris	100 Frs.	3545.55
Zürich	100 Frs.	8019.95
Madrid	100 Pesetas	6516.80
Wien	100 K.	2.05 1/2
Prag	100 K.	828.95
Budapest	100 K.	89.20

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Ungekommen am 3. Juli: S. Herkules von Ubo in 15 Tg., D. Mostau von Ubo in 3 Tg., D. Beda von Gothenburg in 2 Tg., D. Ludwig Kolberg von Gothenburg in 4 Tg., D. Regier von Helsingfors in 3 Tg., D. Haband von Ubo in 2 1/2 Tg., am 4. Juli: D. Enggard von Hernösand in 15 Tg.

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freistaat Lübeck und Funktion Hermann Bauer; für Partei und Gewerkschaften August Schulz; für Intellektuelle Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. Druck von Friedrich Meier & Co., familiär in Lübeck.

(4020)

Ankerlin
Bester Schuhputz



gibt den schönsten Glanz, färbt nicht ab, uerhält das Leder.

Herrn- u. Damenstoffe

adelose Qualitäten vom einfachsten bis zum elegantesten Genre.

J. Issler, Sandstr. 24 Spezial-Geschäft.

(4019)

Karstadt

Infolge des riesengroßen Andranges

und der dadurch bedingten Überanstrengung unserer Angestellten bitten wir unsere verehrl. Kundenschaft, das Umtauschen von nicht passenden Gegenständen vorläufig zu vermeiden. Dienstag (4. Juli) nachm. ist unser Haus der angesagten Demonstration wegen **geschlossen!**

Mittwoch früh 8 Uhr geht der Ausverkauf in gewohnter Weise weiter.



Der große Saison-Ausverkauf bietet infolge teilweiser Selbstfabrikation enorme Vorteile!

Damenwäsche

- Damen-Taghemd, aus prima Hemdentuch, mit Languette..... **98⁵⁰**
- Damen-Taghemd, pa. Hemdentuch, mit Stickerei, Mohlsaumgarnit. **125⁵⁰**
- Damen-Taghemd, pa. Hemdentuch, mit Stickerei und Einsatz.. **145⁵⁰**
- Damen-Belikleid, pa. Hemdentuch, mit Languette..... **98⁵⁰**
- Damen-Belikleid, pa. Hemdentuch, mit Stickerei und Mohlsaum **125⁵⁰**
- Untertailien, mit Stickerei-Garnitur..... **44⁵⁰**
- Untertailien, aus breiter Stickerei..... **59⁵⁰**
- Untertailien, mit Stickerei, Einsatz und Ansatz, Rückenschluß.. **89⁵⁰**
- Prizebrock, mit Stickerei-Garnitur..... **175⁵⁰**
- Prizebrock, mit Stickerei-Garnitur..... **185⁵⁰**
- Schürze, aus buntem Krefonnet, Wiener Form..... **59⁵⁰**
- Schürze, blau/weiß, Wiener Form..... **74⁵⁰**

Handarbeiten

- Kissenecken, gute Zeichnung la. Ramme, Loch und Richeleu... **15⁷⁵**
- Kissenstreifen, gute Zeichnung, la. Ramme, Loch und Richeleu... **12⁵⁰**
- Taschentücher, gute Zeichnung, la. Ramme, Loch und Richeleu... **7⁷⁵**
- Eisdeckchen, gute Zeichnung, la. Ramme, Loch und Richeleu... **2⁹⁵**
- Quadrate, gute Zeichnung, la. Ramme, Loch und Richeleu... **10⁵⁰**
- Kissen, gute Zeichnung, la. Ramme Loch und Richeleu..... **45⁵⁰**
- Kissen, gute Zeichnung, grau Rips, Loch und Richeleu..... **25⁵⁰**
- Decken, gute Zeichnung, grau Rips, Loch und Richeleu..... **25⁵⁰**
- Waschtisch-Garnitur Steifig..... **22⁵⁰**
- Nachtischdecken Loch und Richeleu..... **17⁷⁵**
- Schürze, aus prima Siamosen, Wiener Form..... **79⁵⁰**
- Hausschürze, aus prima Siamosen..... **98⁵⁰**

Wollwaren

- Damen-Blusenschoner, la. reine Wolle mit Schnur..... **225⁵⁰**
- Damen-Kimono, prima reinw. Kammgarn m. Schoß in allen Farb. **225⁵⁰**
- Damen-Kimono, feinsten reinw. Kammgarn in vielen Farben... **245⁵⁰**
- Damen-Jumper, la. Zephir-Wolle, in vielen Farben..... **235⁵⁰**
- Damen-Jumper, prima Kammgarn, reine Wolle, in vielen Farben **275⁵⁰**
- Damen-Strickjacken, la. fein. reinw. Zephir, m. fein. farb. Strf. **495⁵⁰**
- Damen-Strickjacken, Prima reine Wolle, in entzück. Farbstellg. **595⁵⁰**
- Damen-Handschuhe, la. Zwirn-Qualität..... **13⁷⁵**
- Damen-Halbhandschuhe, schwarz..... **95⁵⁰**
- Korsette aus Nessel, lange Form **69⁵⁰**
- Korsette aus prima Drell, moderne Form..... **89⁵⁰**

Modewaren

- Schalckragen, Opal mit Hohlraum Serie 1 **19⁵⁰**
- Schalckragen, Opal mit Hohlraum und Filet..... Serie 2 **29⁵⁰**
- Schalckragen, Opal mit Filet-spitzen..... Serie 3 **39⁵⁰**
- Schalckragen, Opal mit Filet-spitzen..... Serie 4 **49⁵⁰**
- Jabots aus Tüll mit Spitzen-Garnitur..... Serie 1 **39⁵⁰**
- Stickereien auf guten Stoffen, ca. 8 cm breit..... **8⁷⁵**
- Stickerei, ca. 10 cm breit..... **14⁷⁵**
- Wäschezacken, Kupon 5 Meter..... **6²⁵**
- Wäscheband, Kupon 5 Meter..... **5⁵⁰**
- Korsette aus prima Drell, lange Form..... **98⁵⁰**
- Reformkorsette mit Trägern **120⁵⁰**

Handschuhe

- Damen-Handschuhe, la. Zwirn-Qualität..... **13⁷⁵**
- Damen-Halbhandschuhe, schwarz..... **95⁵⁰**
- Korsette aus Nessel, lange Form **69⁵⁰**
- Korsette aus prima Drell, moderne Form..... **89⁵⁰**

Damen-Korsettschoner.....19⁷⁵ ♦ Damen-Hemdchen 70 cm, 2X2 gestrickt 24⁷⁵ ♦ Damen-Schlüpfer feinste Qualität 49⁷⁵

Für die vielen Grafen und Geführte unserer silbernen Hochzeit unteren herzlichsten Dank, besonders meinen Kollegen vom Gastm. II.

Heinrich Schlichte und Frau.

Junges Kinderl. Tagesmutter sofort gesucht. Näheres nach 5 Uhr. (4037) Schützenstr. 29 pt. Weinhändlerin. Beschaft. außer und im Hause. Zu haben ab. nach 7 Uhr. (4038) Sätze Duesstr. 13.

Da weiß. Kochelosen zu verkaufen. Näheres (4039) Sagemilch 31 pt.

Zentralverband der Zimmerer (Bezirk Südbad). (4036)

Mitglieder-Versammlung am Mittwoch, 5. Juli, abends 7 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus. Tagesordnung: 1. Bericht von den Sohnverhandlungen. 2. Jünerer Verbandsangelegenheiten. 3. Sämtl. Platzdelegierten müssen erscheinen. 4. Nachbesserung bis 7 Uhr. Der Vorstand. **Bezirk Schwartau.** Mitglieder-versammlung am Donnerstag, 6. Juli, abends 8 Uhr im Saffel Bräuhaus. 2. D.

Billig! Sehr gut! Billig! D. Fahrrad Billig! Prater 190, Schlüssels 53 Gr. Bogellang 13 a b. Burgfeld (Gändler).

Billig! Prod. gradlehn. Blüchjesa, Spiegel, Kommode und Stühle. (4045) Gr. Bogellang 13 a.

Es bleibt dabei! Für Gold-, Silber-, Platin-, Double, Sachen und Bruch. Gebisse, Zähne, Bestecke, gold-, silb., Uhren, Münzen usw. erhalten Sie bei **Westfaling** Holstenstraße 32 **noch die höchsten Preise!**

Die moderne Seichtathletik. Der Seichtathleten der alten Griechen mit 61 Abbildungen. Von P. Brukon. 201. 10.- Buchhandlung **Fr. Meyer & Co.** Johannisstr. 46.

Deutscher Bauarbeiter-Verband. (4038)

Mitglieder-Versammlung am Mittwoch, 5. Juli, abends 7 1/2 Uhr, im **Gewerkschaftshaus** (großer Saal). Tagesordnung: 1. Die Genossenschaften einst und jetzt. Referent: Gen. Göhr. 2. Bericht von Ortsvereinigungen. 3. Bericht von den Sohnverhandlungen. 4. Jünerer Verbandsangelegenheiten. Zahlreiches Erscheinen unbedingt notwendig. Der Vorstand. NB. 7 Uhr: Vorstandssitzung mit den Delegierten der Bezirksvereine.

Trocadero. Schützenstr. 1. **Wiener Saffel und Sehen.** Beginn 8 1/2 Uhr.

Margarine weit unter heutigem Fabrikpreis! zu 38, 40, 42, 44 u. 50 K per Pfd. Bon 40 K an bei 5 & 2,50 K, bei 10 & 10 K Rabatt. **Lübecker Margarine-Zentrale** (4035) Holtenstr. 6, part., hinten. Schwartau, Bahnhofsstraße 4.

Die neue Mierte in Südbad nach dem Reichsmietengesetz. Preis M. 2.- **Beckhandlung** **Friedr. Meyer & Co.,** Lübecker Volksbote. Johannisstr. 46.

Cañentoff Morgen, Samstag, Damen (4018) Sonntag, 8. Juli, **Sparklub-Ball.**

Kolosseum Ball Jeden Mittwoch und Sonnabend 8 1/2 Uhr. **Richard Ullrich.** (4017)

STADTHALLEN-LICHTSPIELE. Nur 3 Tage! ! Ab heute vollständig neues Programm! Vom 4. bis 6. Juli.

Das Staatsbegräbnis für Rathenau.

- Die Massen der Teilnehmer hinter der Absperrung. — Die Siegessäule als begehrter Aussichtspunkt.
- Einmarsch der Ehrenkompanie.
- Das blumengeschmückte Leichenauto vor dem Reichstag.
- Beamte des Auswärtigen Amtes tragen den Sarg, den die Reichsflagge verhüllt.
- Zum Erbegräbnis nach Oberschöneweide.
- Berlin im Zeichen der Trauer: Halbmaße in der Wilhelmstraße.
- Massendemonstration für die Republik im Lustgarten.

„Papa kann's nicht lassen“ (4035) Lustspiel in 4 Akten mit **LOTTE NEUMANN.** Außerdem: **„Seefahrt ist not“** Nach dem Roman von Gorch Fock in 5 Akten. **„5000 Dollar für ein Kind“** Der lustige amerikanische Groteskfilm. Aufführungszeiten: nachm. 4.30—7.30, abends 7.30—10.30.